

Wilsdruffer Nachrichten

Tageszeitung
für den Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff

mit den Beilagen: Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Ruhestunden, Aus aller und neuer Zeit, Roden-Zeitung, Schnittmusterbogen.

Der Anzeigenpreis beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Restamen die vier-
spaltige Zeile 15 Pfg., für die dreispaltige Zeile 10 Pfg., für die zweispaltige Zeile 5 Pfg., für die einspaltige Zeile 3 Pfg.
Der Anzeigenpreis beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Restamen die vier-
spaltige Zeile 15 Pfg., für die dreispaltige Zeile 10 Pfg., für die zweispaltige Zeile 5 Pfg., für die einspaltige Zeile 3 Pfg.

Hauptgeschäftsstelle: Wilsdruff
Dresdener Straße 62 - Fernsprecher: Nr. 445

62 146

Freitag, den 26. Juni

1925

Eine Militärrevolte in Griechenland

Die Aufständischen erzwingen den Rücktritt der Regierung

In London liegen Meldungen vor, nach denen in Griechenland eine Militärrevolte ausgebrochen sei. Nationalsozialistische Offiziere unter Führung des Generals Pangalos hätten heute nacht einen Staatsstreich unternommen, der vollkommen glücklich sei. Dem. liche öffentlichen Gebäude in Athen seien in den Händen der Revolus. ionäre. General Pangalos sei Herr der Stadt und fordere den sofortigen Rücktritt des Kabinetts Mikalopoulos. Die Militärrevolte wurde proklamiert. Um Teile der Marine sollen sich den Revolutionären angeschlossen haben. General Pangalos erklärte, er werde endlich der die Bevölkerung so unendlich bedrückenden finanziellen Miswirtschaft ein Ende machen und Griechenland zur Unabhängigkeit führen. Weitere Nachrichten fehlen bisher. Es wird erwartet, dass die Revolutionäre den letzten Schritt in Athen haben. Bei der allgemeinen Erregung in Berlin ist gestern ebenfalls ein Telegramm aus Athen eingelaufen, wonach die Revolte vollkommen ruhig wäre. Seitdem ist die Nachricht über keine weiteren Nachrichten abgeben. Dem Militärstreich hat sich auch die Flotte angeschlossen. Die Aufständischen haben eine Proklamation erlassen, in der sie die Regierung als illegitim erklären. Sofort soll sich in den Händen der Aufständischen befinden. Aus den übrigen Teilen Griechenlands liegen noch keine genauen Nachrichten vor, obwohl in den ersten Meldungen behauptet wird, dass die Revolutionäre im ganzen Lande die Diktatur übernommen hätten.

Das Reichskabinett einmütig

Es werden Rückfragen gehalten. - Boile Handlungs-freiheit gegenüber den anderen Staaten, besonders gegenüber Russland

Das Reichskabinett, das - wie bereits gemeldet - schon am Mittwochabend die Antwortwortige Briand's beraten hat, setzte am Donnerstagabend in einer zweiten Sitzung diese Beratungen fort und ist dabei zu einer vorläufigen abschließenden Stellungnahme gelangt. Diese ist in doppelter Hinsicht sowohl nach ihrer außenpolitischen als auch nach ihrer innenpolitischen Bedeutung von Wichtigkeit. Die Briand-Note hat bekanntlich ebenso wie die Rede Chamberlains noch erhebliche Unklarheiten und manche offene Fragen im Rahmen des gesamten Sicherheitsproblems gelassen, und schon aus diesem Grunde konnte der Reichsregierung vorläufig zu keinem anderen Beschlusse gelangen, als zunächst durch eine diplomatische Feststellungnahme und eine Reihe von Rückfragen über die noch kritischen Fragen die notwendige Klarheit herbeizuführen. Es handelt sich dabei vor allem um die von Frankreich verlangte einseitige Garantie der mit den übrigen Staaten in Aussicht genommenen Schiedsverträge, die Priorität des Völkerbundesstatutes vor diesen Schiedsverträgen und anderes mehr. Jedenfalls kann aber jetzt damit gerechnet werden, dass die Initiative, die von der Regierung am 9. Februar angenommen wurde, trotz der inzwischen eingetretenen Komplikationen weitergeführt wird, obwohl sich diese aktive Politik bis auf weiteres im wesentlichen einzuhalten, die ihre Spitze gegen Deutschland richtet. Vielleicht noch wichtiger als die Festlegung der wirtschaftlichen Bande ist die Erhaltung der kulturellen Gemeinschaft. Desterreich ist in dem Augenblick auf ein Kulturstaat zu sein, in dem es den Zusammenhang mit dem deutschen Geistesleben verliert. Solange nicht der Anschluss Desterreichs vollzogen ist, muß es die Aufgabe sein, den Weg zur Vereinigung offen zu halten und die wechselseitigen Beziehungen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet möglichst eng zu gestalten.

132,4 auf 133,9 oder um 1,1 v. S. angezogen. Die Industriekoste blieben mit 134,9 unverändert.

Sächsischer Landtag

Ein deutschnationaler Misstrauensantrag gegen den sächsischen Finanzminister

145. Sitzung vom 25. Juni.
Präsident Böttler gibt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Wichtigkeitserklärung einer vom Abg. Rente in der sozialdemokratischen Presse aufgestellten Behauptung ab. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Haushaltskapitel.
Landtag
Abg. Götner (Soz.) beantragt bei Kapitel 14 (Vandtag) namens des Haushaltsausschusses A die Revidierung eines Oberleiters, eines Oberwärters und einige Abänderungen, im übrigen Genehmigung der Einstellungen.
Die Antragskontrakte werden einstimmig genehmigt.
Rundschau
Abg. Fran Böttner (Soz.) berichtet zur den Audits über Kapitel 2 (Rundschau) und beantragt bei Kapitel 2a (Kunsthochschule Dresden) den Zuschuß in Höhe von 211.000 M zu genehmigen, bei Kapitel 2b (Allgemeine Rundschau) den Zuschuß in Höhe von 117.000 M zu genehmigen und die Regierung zu ersuchen, ungenannte Verhandlungen zur völligen Erhaltung der Anstalten in Annaberg einzuleiten.
Die Anträge des Ausschusses wurden einstimmig genehmigt.
Bad Eger
Abg. Anders (D. Sp.) berichtet für den Haushaltsausschuss A über Kapitel 4 (Egerbad) und beantragt, das Kapitel mit einer kleinen Abänderung nach der Vorlage zu genehmigen, die Einstellung bei Titel 1 des außerordentlichen Haushaltsplans nach der Vorlage zu bewilligen.
Abg. Jäger (Dnat. Sp.): Die Infanti von Bad Eger könne nicht als sehr hoffnungsvoll angesehen werden. Zwei Ursachen seien hierfür verantwortlich: die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sowie die unverständliche Einstellung der Regierung. Der zwar gute gemeinte soziale Gedanke, die Kinder allen Schichten des Volkes frei zu machen, sei doch eine Ueberspannung der Möglichkeit. Die allgemeinen Beamten- und Erhaltungshome wirken während auf das reine Nadelweben ein, benachteiligen die Wirtschaft, namentlich die Hotelindustrie und legen die Wirtschaftlichkeit der Eger herab. Unverständlich ist, wie die Regierung jetzt in Bad Eger ein Hotel in eigene Regie nehme, zu einer Zeit, in der die Hotelindustrie eine große Krise durchlebe. In der Uebung eines Pachtvertrages mit einer Hotelkassen-Gesellschaft sei der Staat nicht vornehm genug vorgegangen. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Die hohen Pachtsummen für Hotels und Kaffee zwängen diese zu übernormalen, den Fremden abschreckenden Preisen. Was die Regierung jetzt in Bad Eger tue, trage nicht den Zug praktischer Wirtschaft.
Oberregierungsrat Brandt erklärte für die die Regierung: Die Pachtsummen in Eger sind nicht zu hoch. Was die Uebernahme des Hotels Sachsenhof in eigene Regie des Staates anlangt, so war der Grund die geringe Höhe der eingenommenen Pachtsummen.
Abg. Lieberich (Komm.) tritt dem Vorredner scharf entgegen und beantragt, Bad Eger in vollem Umfange zu einem Volksbad für die Kinder- und Unbermittelten zu machen, und alle Beamten, Angestellten und Arbeiter mindestens in Gruppe 6 einzureihen.
Abg. Dr. Schminke (Komm.): Mit keinen Ausführungen hat Abg. Jäger bewiesen, daß die deutschnationalen Partei eine Feindin der Volksgemeinschaft ist. Er hat jeden sozialen Gedanken verstoßen, hat sich sogar gegen die Kinderheime in Bad Eger ausgesprochen.

Die Demission des griechischen Kabinetts

Savas berichtet aus Athen: Infolge des militärischen Aufstandes hat das Ministerium Mikalopoulos seine Demission eingereicht. Der Führer der Partei der republikanischen Union Papanastasiou hat die Kabinetsabstimmung übernommen. Er soll den militärischen Führern der Aufständischen, General Pangalos und Admiral Katakakos, angeboten haben, in sein Kabinett einzutreten.

Lloyd Georges in Front

Trotz des persönlichen Erfolges, den Chamberlain mit seiner gestern wiedergegebenen Rede im Unterhause als talkischer Redner davongetragen hat, läßt sich sagen, daß es ihm wohl kaum gelungen sein dürfte, die Argumente seiner Gegner zu widerlegen. Die Demission ist nicht überzogen. Es wird darauf ankommen, ob in den in den nächsten Wochen stattfindenden Verhandlungen der Oberhand der Vorkämpfer gebrochen werden kann.
Das Ereignis des gestrigen Tages ist jedoch die Rede Lloyd Georges. Seine Zurückhaltung kann als Beweis dafür angesehen werden, daß Lloyd George weitreichende politische Pläne hat, wie er denn auch in ein gewöhnlichen Kreisen als der kommende Ministerpräsident angesehen wird. Die Regierung, so meint man, werde das Budget nicht überleben.

Die deutsch-österreichischen Beziehungen

In der Grazer Tagespost schreibt der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Franz, über die Beziehungen zwischen Desterreich und Deutschland u. a.: Die Genfer Sanierungskommission Desterreich hat die politische Entscheidung Desterreich nicht weiter einengen, als es die Friedensverträge ohnehin schon taten. Die Frage der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft ist noch zu lösen. Auch die Aktion, die eine Erleichterung für unsere industrielle Produktion durch unsere Nachbarstaaten anstrebt, kann nicht als der Ausschlag einer gegen Deutschland gerichteten Wirtschaftspolitik gedacht sein. Sicher ist, daß keine österreichische Regierung die Hand dazu bieten könnte, Verpflichtungen

Der Achtfundentag im Eisenbahnbetriebe undurchführbar

Auf dem Internationalen Eisenbahntag, an dem sich 10 gegen 10 Stimmen eine Entschließung angenommen, wonach die Durchführung des Achtfundentages mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse für undurchführbar erklärt wird.

Schiedspruch für die nordwestdeutsche Schwerindustrie

Im Lohnstreik der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde heute unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Weiblich ein Schiedsgericht gefällig, der unter grundsätzlicher Beibehaltung des bisherigen Lohnstarifes den Lohn mit Wirkung vom 1. Juli 1925 für 5% für Arbeiter, 10% für Arbeiter und 15% für Arbeiter festsetzt. Afford- und Prämienarbeiter sollen einen Zuschlag von 3% pro Stunde erhalten. Die Arbeitsgeber erklärten, daß sie den Schiedspruch ablehnten.

Die Aussperrung im Holzgewerbe

Die Gausleiterkonferenz des deutschen Holzarbeiterverbandes billigte einstimmig die Maßnahmen, die der Hauptverband des Verbandes bei den gestrigen Verhandlungen mit den Arbeitgebervertretern vereinbart hatte. Amstreichend diesen Maßnahmen werden die Verhandlungen zur Beilegung der Aussperrung im Holzgewerbe nicht zentral, sondern bezirksweise geführt werden.

Die französischen Sozialisten gegen die Sanierungspläne Caillaux

Gestern nachmittag sind die vier Kartellgruppen der französischen Kammer auf Veranlassung der Sozialisten zu einer Besprechung zusammengetreten. Die sozialistischen Vorführer geben das Ergebnis des gestrigen Referencums bekannt, unter Hinweis darauf, daß neun Sechstel der Stimmen sich auf die Anträge Comper, Morells und Renaudis verteilen, die beide im Grunde genommen auf Einstellung der Unterstützungspolitik ausgehen. Die Sozialisten hoben ferner hervor, daß ihre Gruppe außerhande sei, die Auffassung des Finanzministers über die Lösung der Finanzprobleme zu kritisieren. Der Bericht der Sozialisten schloß mit der Aufforderung an die übrigen Gruppen, ihre Haltung gegenüber den Finanzproblemen und der von Caillaux in Aussicht genommenen Lösung ungenügend bekanntzugeben. Die Sitzung dauerte noch fort.

Der neue Rathenauprozess

In der gestrigen Verhandlung wurde in der Vernehmung des Angeklagten Brand fortgeführt, und dann in die Zeugenvernehmung eingetreten. Vernehmungen wurden zuerst der Landwirt Steinbeck, der im Lehmspross freigesprochen worden war, und Ernst Werner Lehmann, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt ist. Dann wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Schurmann in Berlin eingetroffen

Der amerikanische Vorkämpfer Schurmann ist mit Gattin und Tochter gestern nachmittag in Berlin eingetroffen.

Der Großhandelsindex

Die auf den 24. Juni, den 24. Juni, berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 17. Juni (133,3) um 0,7 v. S. auf 134,2 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Lebensmittelergänznisse von